

„Handlanger der Rüstungsindustrie“

Der Freiburger Friedensaktivist **JÜRGEN GRÄSSLIN** nimmt deutsche Waffengeschäfte mit Diktaturen ins Visier

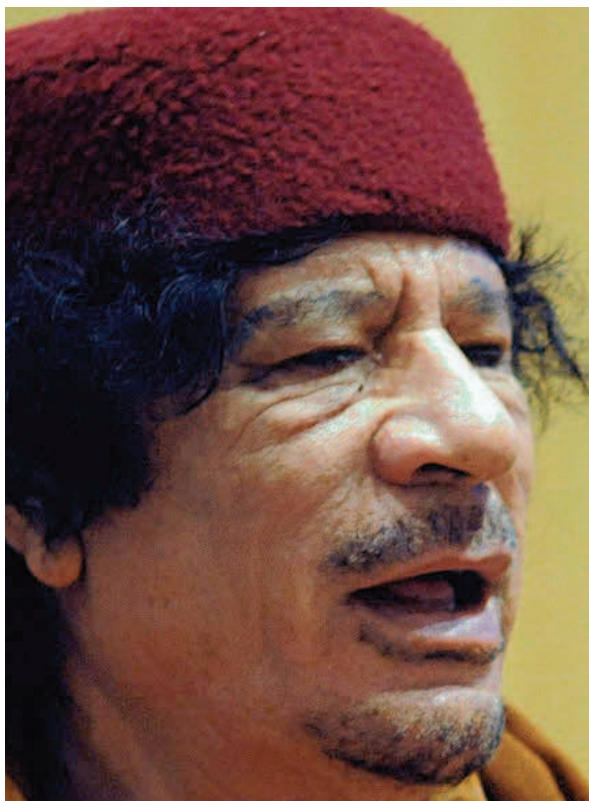
Jahrelang hat Deutschland die Diktatur Libyen mit Waffen beliefert. Der Freiburger Friedensaktivist Jürgen Grässlin spricht von einer „heuchlerischen Außenpolitik“.

Herr Grässlin, welche westlichen Waffen muss die Nato in Libyen am meisten fürchten?

Die Nato trifft bei ihren Angriffen auf Gaddafis Streitkräfte, die auch mit deutschen Waffen beliefert wurden. Das ist schon ein äußerst bedenklicher Vorgang, zumal in Libyen seit langem eine katastrophale Menschenrechtssituation herrscht. Auf Demonstration und freie Meinungsäußerung steht die Todesstrafe. Aus Deutschland wurden militärische Geländewagen, Störsender, Hubschrauber sowie Milan-Raketen in einer Stückzahl von 200 geliefert. Gefertigt wurden diese Panzerabwehrraketen vom EADS-Konzern, dessen größter Anteilseigner die Daimler AG ist. Zugleich belieferte die EADS Großbritannien mit Tornado- und Eurofighter-Kampfflugzeugen. Waffenlieferungen an beide kriegführende Parteien sind eben gut fürs Geschäft.

Seit wann werden deutsche Waffen nach Libyen geliefert?

Seit dem Ende des Waffenembargos 2004. Dieses menschenverachtende Regime hätte zu kei-



Wollten Sie haben, dass diesem Mann Waffen verkauft werden? Von Deutschland erhielt al-Gaddafi seit 2004 Raketen und andere Waffen – die nun auch gegen die Nato zum Einsatz kommen. FOTO: AFP

nem Zeitpunkt mit Waffen beliefert werden dürfen.

Gaddafi hat sich 2004 auf die Seite des Westens geschlagen. War es da nicht aus taktischen Gründen klug, die Freundschaft

auch mit Waffen zu pflegen?

Traditionell pflegen die Bundesregierungen das Prinzip Waffen gegen Öl oder Sicherheit. In diesem Sinne genehmigte der Bund Waffentransfers an menschen-

rechtsverletzende Staaten, wie Kuwait, Oman, Israel, Türkei, Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Welche Restriktionen gibt es beim deutschen Waffenexport?

In Deutschland gilt das Kriegswaffenkontrollgesetz, im Falle des Exports das Außenwirtschaftsgesetz. De jure sind die Ausfuhrregeln scharf formuliert. Rot-Grün hat im Jahr 2000 die Menschenrechtsklausel in die „Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport“ aufgenommen, leider nur als Absichtserklärung. Die gegenwärtige Bundesregierung hat sich für das Primat von Wirtschaft und Militär entschieden und damit gegen Demokratie und Menschenrechte.

Die Rüstungslobby ist offenbar so stark, dass sie sich durchsetzt – egal wer regiert.

Wenn Anträge auf Waffenausfuhr in Krisenregionen gestellt werden, könnte der Bundessicherheitsrat entscheiden, dass etwa keine Waffen nach Libyen, Pakistan oder Mexiko geliefert werden. Stattdessen wurden die Waffenexporte unter Rot-Grün nahezu verdoppelt, desgleichen nochmals unter Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb. Im vergangenen Jahrzehnt gab es also fast eine Vervierfachung deutscher Rüstungstransfers. Al-

le beteiligten Parteien haben sich zum Handlanger der Rüstungsindustrie gemacht. Die Menschenrechte sind dabei unter die Panzerketten gekommen.

Man könnte auch argumentieren: Wenn Deutschland nicht liefert, tun es andere.

Wir kennen Fälle, in denen gerade wegen der Menschenrechtslage Waffenlieferungen untersagt wurden. Beispielsweise wollte das Bürgerkriegsland Nepal 2001 G36-Gewehre aus Deutsch-



„In den vergangenen zehn Jahren hat Deutschland die Rüstungsexporte vervierfacht.“

Jürgen Grässlin

Regime sind kaum ein Thema in der Öffentlichkeit. Warum?

Zurzeit ist vieles im Umbruch. Beispielsweise haben gleich drei ARD-Politikmagazine jüngst das Thema aufgegriffen. Dazu wurde die Deutsche Friedensgesellschaft und das Rüstungsinformationsbüro (RIB) in Freiburg mehrfach interviewt, die Presse berichtete international. Wir vom RIB in Freiburg haben als Erste aufgedeckt, dass Ägypten massiv deutsche Waffen erhielt. Wenige Tage darauf verhängte die Bundesregierung einen befristeten Rüstungsstopp. Als Einstieg in den Ausstieg fordere ich einen Rüstungsexportstopp an alle menschenrechtsverletzenden und kriegführenden Staaten.

Was sagen Sie zum militärischen Eingreifen in Libyen?

Im Gegensatz zu Ägypten und Tunesien existiert in Libyen keine vergleichbare Demokratiebewegung, stattdessen verfeindete Clans. Der Widerstand definiert sich nicht gewaltfrei, ein langjähriger Bürgerkrieg droht. Ich setze auf eine Politik offener Grenzen und humanitärer Flüchtlingsbetreuung. Das diktatorische Regime sollte mit Embargos bekämpft werden. Das ist allemal besser als eine militärische Eskalation.

Rüstungsexporte an zwielichtige

DAS GESPRÄCH FÜHRTE KLAUS RIEXINGER